

Einblicke

Das Rathausmagazin der CDU-Bürgerschaftsfraktion

FRAKTION 2004

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion

Am 29. Februar 2004 haben die Hamburger mit beeindruckender Mehrheit dafür gestimmt, dass Ole von Beust seine erfolgreiche Politik für unsere Stadt fortsetzen kann. Die Wähler haben uns durch diese klare Zustimmung eine optimale Ausgangsbasis für die nächsten vier Jahre verschafft.



Ich freue mich auf diese Herausforderungen der kommenden Jahre und die Arbeit zum Wohle der Menschen in Hamburg. Sollten Sie Fragen oder Anregungen haben, so nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Wir freuen uns auf den Dialog mit Ihnen.

Ihr Bernd Reinert

Wir gestalten Politik
Wie Fraktionsarbeit organisiert ist



Fraktion in Aktion – was macht eine Fraktion eigentlich?

Die CDU-Fraktion besteht aus 63 Abgeordneten und stellt damit die Mehrheit der aus 121 Abgeordneten bestehenden Bürgerschaft.

Wir sind eine sehr junge Fraktion: Die meisten unserer Abgeordneten wurden zum ersten Mal in das Parlament gewählt. Als Regierungsfraktion tragen und unterstützen wir den Ersten Bürgermeister Ole von Beust und den Senat, der auf eine verlässliche Parlamentsmehrheit angewiesen ist. Senat und Regierungsfraktion sind aber dennoch eigenständige Faktoren im politischen Prozess.

Die Fraktion ist eine unverzichtbare Stütze der Demokratie. Sie ist der parlamentarische Zusammenschluss von Abgeordneten,

die durch gleiche politische Zielvorstellungen und in der Regel auch Parteizugehörigkeit verbunden sind. Die wesentliche Aufgabe einer Fraktion ist es, an den Funktionen des Parlaments mitzuwirken, also an Gesetzgebung, Kontrolle der Regierung, Wahlen sowie öffentlicher Meinungsäußerung. Dazu organisiert die Fraktion die Arbeitsteilung unter ihren Abgeordneten, die Vorbereitung, Abstimmung und Beschlussfassung gemeinsamer Initiativen sowie die Information der Öffentlichkeit, um eine politische Position darzustellen.

Organe der Fraktion sind der Fraktionsvorsitzende, der Fraktionsvorstand, die Fachsprecher und, als maßgebendes Beschlussorgan, die Fraktionsversammlung.

Daneben arbeiten für die Fraktion, die über eigenes Personal und eigene Finanzmittel verfügt, Geschäftsführer sowie wissenschaftliche Referenten und Sekretariat.

Die wesentliche Aufgabe einer Fraktion ist es, an den Funktionen des Parlaments mitzuwirken.

Während in den Bürgerschaftssitzungen die öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition im Mittelpunkt stehen, findet der Hauptteil der fachlichen Arbeit des Parlamentes in den Ausschüssen statt. Somit sind die Ausschüsse ein ganz wesentlicher Teil der Parlamentsarbeit.

Die Bürgerschaft hat in dieser Wahlperiode 16 ständige Aus-

schüsse eingerichtet. Die Zahl der Sitze einer Fraktion in einem Ausschuss und damit auch, wie viel Einfluss sie hat, hängt von ihrer Stärke ab. Die Sitzverteilung in den Ausschüssen entspricht den Mehrheitsverhältnissen in der Bürgerschaft.

Die Fraktion bildet zusätzlich eigene Arbeitskreise zu den einzelnen Fachbereichen, in denen in erster Linie die jeweiligen Fraktionsmitglieder der Ausschüsse mitwirken. Ihre Aufgabe ist die Vorbereitung von Fraktionsanträgen, großen Anfragen und Gesetzesentwürfen. Die Ergebnisse der Arbeitskreisberatungen sind für die Willensbildung einer Fraktion und damit der Bürgerschaft insgesamt oftmals von ausschlaggebender Bedeutung.

Fraktion in Aktion

Wenn Sie Interesse haben und mehr über unsere politische Arbeit wissen möchten, dann besuchen Sie doch einfach mal eine Bürgerschaftssitzung, um uns bei unserer politischen Arbeit zuzuschauen. Wir freuen uns auf Sie.

Karten können Sie direkt bei der Bürgerschaftskanzlei bestellen:

Telefon: 040 - 428 31 2400

Oder besuchen Sie uns am Tag der offenen Tür im Rathaus am Sonnabend, den 18. September 2004, von 10.00 bis 17.00 Uhr.

Und natürlich erfahren Sie auch alles über uns im Internet auf: www.cdu-hamburg.de

WIR WOLLEN WAS BEWEGEN

Neu im Parlament und bereits als Fachsprecher aktiv



Dr. Manfred Jäger,
verfassungspolitischer
Sprecher

Für mich als Richter lag es nahe, einen meiner politischen Schwerpunkte im verfassungspolitischen Bereich zu setzen.

Hier handelt es sich zum einen um einen Schnittpunkt zwischen Politik und Recht mit großem Gestaltungsspielraum. Zum anderen hat dieser Bereich große Auswirkungen auf die politische Wirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger, was sich gerade an der aktuellen Entscheidung zum neuen Wahlrecht in Hamburg zeigt.



Dr. Natalie Hochheim,
Fachsprecherin für Stadtentwicklung und Arbeit

Städtebau und Wohnen sind Kernelemente des Leitbildes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“.

Ich möchte in meiner Funktion dazu beitragen, dass eine attraktive Stadtentwicklung Hamburgs Ruf als weltoffene Stadt und grüne Metropole mit hoher Wohn- und Lebensqualität stärkt. Wir werden ausreichend nachfragegerechten Wohnraum schaffen, um insbesondere Familien mit Kindern in Hamburg ein attraktives Zuhause zu bieten.

Ziel unserer Wachstumsstrategie ist es, dass in Hamburg künftig wieder deutlich mehr Menschen arbeiten und wohnen. Nur mit einer wirtschaftsfreundlichen Politik können wir im Wettbewerb mit internationalen Metropolen bestehen und nur mit einer wachsenden Wirtschaft können mehr Arbeitsplätze geschaffen und mehr Arbeitskräfte nach Hamburg gezogen werden.



Christoph Ahlhaus,
innenpolitischer Sprecher

Innere Sicherheit bleibt auch in Zukunft Schwerpunkt unseres politischen Handelns. Ich möchte als zuständiger Fachsprecher dazu beitragen, die erfolgreiche Krimi-

nalitätsbekämpfung offensiv und konsequent fortzusetzen und die Sicherheit für Hamburgs Bürgerinnen und Bürger weiter zu erhöhen. Mit einer modernen, effektiven und gut ausgestatteten Polizei schaffen wir die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Verbrechensbekämpfung. Zum sozialen Ausgleich in der Stadt gehört auch die Sicherung einer gerechten, schnellen und leistungsfähigen Justiz und Staatsanwaltschaft.

Diese vielfältigen Aufgaben möchte ich gemeinsam mit den Menschen in unserer Stadt engagiert anpacken. Jeder Einzelne kann etwas bewegen – und das macht richtig Spaß.



Robert Heinemann,
schulpolitischer Sprecher

Die Schulpolitik ist eines der wichtigsten Politikfelder der Hansestadt. Es geht darum, dass Kinder unabhängig von ihrer Herkunft möglichst optimal nach ihren Fähigkeiten gefördert werden,

damit sie später selbstständig ihre Rolle in der Gesellschaft finden und einnehmen können. Fern von den ideologischen Bildungsdebatten der letzten Jahrzehnte möchte ich dabei pragmatische Lösungen mitgestalten, wie wir auf Grundlage von Erkenntnissen der Bildungsforschung sowie der gezielten Förderung des Erfahrungsaustausches zwischen allen Beteiligten die Arbeit der Schulen trotz beschränkter finanzieller Spielräume erfolgreicher machen können.



Marita Meyer-Kainer,
Fachsprecherin Frauen

Ich möchte mich für eine Gesellschaft, die gemeinschaftsorientiert, kinderfreundlich und zugleich wirtschaftlich

erfolgreich ist, einsetzen. Für die gesellschaftliche Entwicklung ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf aller Beteiligten die Schlüsselfrage. Kinder sind unsere Zukunft!

Eltern werden im Umgang mit ihren Kindern täglich vor neue Herausforderungen gestellt und müssen Neues lernen. Wir müssen die Familien- und Erziehungskompetenz der Eltern stärken und damit den Mut zu Kindern und Erziehung fördern.



Heiko Hecht,
Fachsprecher für norddeutsche Zusammenarbeit

Hamburg ist aus vielfältigen Gründen auf eine gute Zusammenarbeit mit seinen Nachbarländern angewiesen.

Eine vertrauensvolle und enge Kooperation mit den Kreisen und Landkreisen des Umlands und den Nachbarländern war in den vergangenen Jahren die Grundlage der Politik unseres Senats. Für die Realisierung wichtiger Zukunftsprojekte der gesamten Region ist eine vertrauensvolle und langfristig konzipierte gemeinsame Interessenwahrnehmung entscheidend.

In meiner Funktion als Fachsprecher für die norddeutsche Zusammenarbeit möchte ich Hamburgs Position im europäischen Wettbewerb der Regionen stärken.



Stefanie Strasburger,
Fachsprecherin für Jugendhilfe

Ich möchte die Stadt, in der unsere Kinder aufwachsen, positiv mitgestalten. Meine Kraft, Willensstärke und Zuversicht möchte ich für das Allgemeinwohl einsetzen.

Jugendpolitik muss präventiv wirken. Ich möchte dazu beitragen, den begonnenen Prozess der Neuorientierung der Jugendhilfe konsequent fortzusetzen und die offene Kinder- und Jugendarbeit in den Quartieren zu stärken.

Parallel dazu werden wir die unterschiedlichen Angebote und Einrichtungen vor Ort aufgabenbezogen miteinander vernetzen.



Olaf Ohlsen,
hafenpolitischer Sprecher

Der Hamburger Hafen ist der zentrale Wirtschaftsmotor unserer Stadt. Seit seiner Gründung im Jahre 1189 prägt er das Gesicht unserer Stadt wie keine zweite Einrichtung. Der Hafen und die Hafenwirtschaft sind jedoch vor allem zentrale Säulen der Hamburger Wirtschaft.

Beschäftigung, Einkommen und auch Steueraufkommen sind maßgeblich mit dem wirtschaftlichen Erfolg des Hafens verknüpft. Allein 150.000 Arbeitsplätze hängen in Hamburg und Umgebung direkt oder indirekt vom Hafen ab.

Ich möchte dazu beitragen, dass sich das Potenzial des Hafens optimal für eine erfolgreiche Entwicklung der Metropole Hamburg entfalten kann. Ich möchte der Hafenwirtschaft signalisieren, dass sie einen Ansprechpartner in der Politik hat, der mit Sachverstand die hafenspezifischen Angelegenheiten vertritt.

Teilprivatisierung des LBK – eine Entscheidung zum Wohle Hamburgs und seiner Bürger

Der Senat hat nach Überzeugung von Harald Krüger, gesundheitspolitischer Sprecher derCDU-Bürgerschaftsfraktion, mit seiner Entscheidung für ein Stufenmodell zur Teilprivatisierung des Landesbetriebs Krankenhäuser dem Gesundheitsstandort Hamburg eine viel versprechende Perspektive

eröffnet, die den Patienten unmittelbar zu Gute kommen wird. Der vollständige Verzicht auf die Zukunftsoption eines Mehrheitsverkaufs des Landesbetriebs brächte die Stadt in den nächsten Jahren in eine noch größere finanzielle Schieflage, denn der LBK hat über 560 Millionen Euro Schulden.

Hinzu kommen zukünftige weitere Belastungen für die Altersversorgung der Mitarbeiter in Höhe von insgesamt 300 Millionen Euro. Eine (Teil-) Entschuldung ist notwendig, ohne dass der Hamburger Steuerzahler die gesamten Lasten übernimmt. Unsere Krankenhäuser müssen auch

Investitionen in die Zukunft leisten können, um medizinisch und wirtschaftlich leistungsfähig zu sein – ein ausgeglichenes Betriebsergebnis reicht dazu nicht aus. Der überschuldete LBK kann keine moderne Medizin in modernen Strukturen gewährleisten.

Das Stufenmodell sieht vor, dass ein privater Investor zunächst 49,9 Prozent der Anteile am LBK Hamburg erwirbt und zugleich die unternehmerische Führung übertragen bekommt. Im Gegenzug verpflichtet sich die Freie und Hansestadt Hamburg, ihren Mehrheitsanteil mittelfristig abzugeben.

Ein kompletter Verzicht auf die Mehrheitsprivatisierung wäre angesichts der Anforderungen der Bürger an eine hochwertige medizinische Versorgung in einem immer schwerer werdenden Wettbewerb und im Hinblick auf die Entwicklungen des LBK Hamburg nicht zu verantworten gewesen.

Bei der FFH-Meldung handelt es sich um eine politische Entscheidung und nicht um eine ökologische Notwendigkeit. Die durch Fluglärm und Abgase stark belasteten Anrainer in Hamburg, in Norderstedt und anderen Umlandgemeinden erwarten zu Recht, dass sich die Politik strategische Optionen für die Zukunft offen hält.

Von Frau Ministerpräsidentin Simonis erwarten wir ein klares Bekenntnis zur Option des Großflughafens Kaltenkirchen und die Zusage, dass im Falle eines Baus die dann durch die Ausweisung als FFH-Gebiet entstehenden höheren Kosten von Schleswig-Holstein übernommen werden.

Hamburgs Bauoption eines Großflughafens durch FFH-Anmeldung der Kaltenkirchener Heide beeinträchtigt



Die Entwicklungsprognosen für den Hamburger Flughafen sehen eine Auslastungsgrenze für das Jahr 2030. Spätestens zwischen 2015 und 2020 muss eine Entscheidung getroffen

werden für den langfristigen Bau eines Großflughafens. Hamburg darf nicht die letzte Chance verpassen, Drehkreuz des Nordens zu werden. Aus ökonomischen und ökologischen Gründen müssen wir die Option für einen Großflughafen erhalten.

Hamburg darf nicht die letzte Chance verpassen, Drehkreuz des Nordens zu werden.

Schleswig-Holsteins rot-grüne Landesregierung hat beschlossen, den größten Teil, nämlich

640 von 840 Hektar, der Kaltenkirchener Heide bei der Europäischen Union (EU) als Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Gebiet zu melden.

Nach der Auffassung des Fuhsbütteler CDU-Bürgerschaftsabgeordneten Klaus-Peter Hesse wurde von der Regierung in Kiel nicht ausreichend nach Ausweichgebieten gesucht. Die Landesregierung unternimmt alles, was eine Anbindung an den Hamburger Flughafen erschwert und einen größeren Flughafen in Kiel unterstützt.

Wie soll unsere Stadt zukünftig aussehen? CDU bringt Architekturdebatte in das Parlament

In den vergangenen Monaten wurde in den Hamburger Medien eine intensive Debatte über das Bauen in unserer Stadt geführt.

Die CDU-Fraktion begrüßt diese öffentliche Debatte über die das Stadtbild prägende Architektur. Diese Diskussion zeigt zum einen, dass moderne Architektur Geschmackssache ist, und zum anderen, wie interessant und vielfältig das Gesicht unserer Stadt schon heute ist. Deutlich wird dies gerade bei den unterschiedlichen Bewertungen zur Gestal-

tung der HafenCity, wo Stahl, Glas und Beton, aber auch Klinker und Ziegel verbaut werden. Mit einer Großen Anfrage unter dem Titel „Klinker, Stahl, Glas, Beton – welche Materialien sollen die HafenCity im Speziellen und das Stadtbild im Allgemeinen prägen?“ erfragen wir jetzt die Positionen des Senats.

Henning Finck, Fachsprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion für die HafenCity und Initiator dieser Anfrage, möchte vom Senat unter anderem wissen, wie er zu Architektur-

wettbewerben und Investorenverfahren steht. Außerdem soll der Senat Stellung nehmen zu der Frage, ob wir eine neue Gestaltungsrichtlinie für den Baustil in unserer Stadt benötigen.

Nach der parlamentarischen Sommerpause wird die Bürgerschaft in einer der ersten Sitzungen im August oder September über die Architektur in unserer Stadt diskutieren.

Bundesweite Spitzenposition beim Kita-Ausbau seit Einführung des Gutschein-Systems

Mit der Einführung des Kita-Gutschein-Systems zum 1. August 2003 haben wir in Hamburg als erstes Bundesland ein System geschaffen, das Familien und Kinder fördert und nicht mehr die Institutionen.

Familien haben jetzt die Möglichkeit, sich die Kindertagesstätte ihrer Wahl selbst auszusuchen, unabhängig davon, wo sich diese in Hamburg befindet. Dies bedeutet mehr Flexibilität und schafft einen Freiraum für die Familien, den es zu Zeiten von Rot-Grün nie gegeben hat. Zudem werden

mehr Kinder mit Kita-Plätzen versorgt als je zuvor.

Familien können sich ihre Kindertagesstätte jetzt selbst aussuchen.

Bereits seit dem 1. August dieses Jahres erhalten Kinder berufstätiger Eltern unter drei Jahren die Betreuung, die sie benötigen. Und Hamburg ist die bisher einzige westdeutsche Großstadt, die zukünftig allen berufstätigen Eltern einen Rechtsanspruch auf die Betreuung von Kindern bis zum Alter von 14 Jahren gewähren wird.

Damit hat Hamburg nach Überzeugung von Bettina Bliebenich, jugendpolitische Sprecherin der CDU-Bürgerschaftsfraktion, und Marcus Weinberg, Fachsprecher für den Bereich Kinderbetreuung, die Voraussetzungen für eine moderne Kindertagesbetreuung geschaffen. Die Versorgung der Erwerbstätigen wird die Wachsende Stadt Hamburg noch attraktiver für junge Eltern machen.

Am 21. April 2004 hat die Bürgerschaft beschlossen, dass für die Drei- bis Sechsjährigen der Rechtsanspruch auf einen



Kita-Platz ab Januar 2005 von vier auf fünf Stunden ausgeweitet wird; dieser Rechtsanspruch umfasst dann auch ein Mittagessen.

Mit diesen konkreten Neuerungen schaffen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Berufstätige mit Kindern haben damit zum ersten Mal eine Garantie auf eine Kindertagesbetreuung. So stärken wir zugleich die Sozial- und Bildungspolitik in Hamburg. Trotz einer angespannten finanziellen Lage investieren wir weiter in unsere Kinder und Familien und stärken diese. Damit setzen wir einen deutlichen Akzent auch für die Wachsende Stadt.

Langzeit-Studiengebühren zeigen bereits die erwünschte Wirkung

Seit dem 1. April 2004 gibt es an den Hamburger Hochschulen Studiengebühren für Langzeitstudenten. Diese Neuregelung zeigt bereits messbare Wirkungen. Viele Studenten streben gar keinen Studienabschluss mehr an, sondern bleiben nur wegen anderer Vorzüge des Studentenstatus an einer Hochschule eingeschrieben. Das bindet unnötig Kapazitäten.

Für Wolfgang Beuß, wissenschaftspolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion, ist ein Langzeitstudium über

14 Semester hinaus nicht zu rechtfertigen. Studenten kosten die Gesellschaft nämlich viel Geld.

Hochschulen werden leistungsfähiger und international konkurrenzfähiger.

Die von der CDU gegen vielfältige Widerstände eingeführte Regelung erreicht aber genau das angestrebte Ziel einer Verkürzung der durchschnittlichen Studienzeiten durch eine spürbare Bereinigung der Statistik. Die Hochschulen bekommen

endlich einen klaren Überblick darüber, wie viele Studenten wirklich studieren und nicht nur wegen diverser Vorteile lediglich pro forma eingeschrieben sind.

Jetzt können Bürgerschaft und Senat die Verteilung der knappen finanziellen Ressourcen auf wirklichkeitsnähere Zahlen stützen und damit viel zielgenauer einsetzen. So machen wir die Hochschulen weiter leistungsfähiger und international konkurrenzfähiger.

Ein Steuerungsinstrument wie Studiengebühren für Langzeitstudenten ist dabei, wie jetzt die ersten Erfolge zeigen, unverzichtbar.

Fotos: www.photocase.de

Politikglossar 07: Eingaben

Unter Eingaben, die auch Petitionen genannt werden, versteht man Bitten oder Beschwerden der Bürger an ihre Volksvertretung. „Jedermann hat das Recht, sich (...) mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden“, heißt es in Artikel 17 des Grundgesetzes. In Hamburg können sich alle Bürger, die sich durch staatliche Stellen ungerecht behandelt fühlen, gemäß Artikel 28 der Hamburgischen Verfassung an den Eingabenausschuss der Bürgerschaft wenden.

Die öffentliche Verwaltung ist nicht unfehlbar und ihre Entscheidungen können auch einmal zu Ungerechtigkeiten oder Benachteiligungen führen. Eine Eingabe an die Bürgerschaft kann helfen, diesen Missstand zu beseitigen. Der Eingabenausschuss kann allerdings nur Empfehlungen aussprechen, die der Senat nicht in jedem Fall umsetzen muss.

Jeder Bürger kann sich sowohl in eigener Sache als auch für einen Dritten mit jeder Bitte und Beschwerde an den Ein-

gabenausschuss wenden, wenn sich die Eingabe gegen die Behandlung durch staatliche Stellen der Freien und Hansestadt Hamburg richtet oder wenn er mit der Arbeitsweise von Ämtern oder Behörden der Stadt nicht einverstanden ist. Rund die Hälfte aller Eingaben betreffen Probleme mit dem Ausländer- oder Asylrecht.

Mit privaten Angelegenheiten – wie zum Beispiel Mietverhältnissen oder Nachbarstreitigkeiten – darf sich der Ausschuss allerdings nicht beschäftigen; hierfür sind die

Gerichte zuständig. Auch ist der Eingabenausschuss nicht befugt, gerichtliche Entscheidungen inhaltlich zu überprüfen.

Der Eingabenausschuss wird vom Eingabendienst der Bürgerschaftskanzlei betreut. Die Mitarbeiter dieser Dienststelle sind auch Ansprechpartner für Rat suchende Bürger.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter: www.buergerschaft.hamburg.de



Entgelt bezahlt Deutsche Post AG 20354 Hamburg

Impressum

CDU-Bürgerschaftsfraktion
Redaktion einblinke
V.i.S.d.P.: Hein von Schassen

Poststraße 11
20354 Hamburg
Telefon: (040) 428 31-1374
Telefax: (040) 428 31-2526
E-Mail: pressestelle@cdu-hamburg.de
Internet: www.cdu-hamburg.de